

2025

Atlas der

Zivil- gesell- schaft



Freiheitsrechte unter Druck

Angriffe auf den Rechtsstaat

Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Telefon +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

Autor*innen Christian Jakob, Christine Meissler, Martina Hahn
Redaktion Martina Hahn, Christine Meissler, Silke Pfeiffer,
Anne Dreyer, Maike Lukow, Thomas Beckmann, Philippa Hofmann
Inhaltliche Verantwortung Christine Meissler
Redaktionelle Projektleitung Martina Hahn
Idee Anne Dreyer, Julia Duchrow
V.i.S.d.P. Dr. Jörn Grävingholt
Layout und Satz Lena Appenzeller
Infografiken und Illustrationen Sabine Hecher
Porträtzeichnungen Julian Rentzsch
Korrektorat Heike Blümner, Dana Haralambie
Druck Druckhaus Sportflieger

Redaktionsschluss März 2025



Material der Seiten 5–17 sowie alle im
Werk abgebildeten Karten: CIVICUS-Monitor.

Dieses Material steht unter der Creative-Commons-Lizenz
„Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 International (CC BY-SA 4.0)“.

Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/> oder wenden
Sie sich brieflich an Creative Commons, Postfach 1866,
Mountain View, California, 94 042, USA.

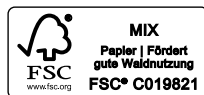
Möchten Sie Teile der Materialien nutzen, dann finden Sie die
Daten, die wir auf den o. g. Seiten und Karten verwendet haben,
unter <https://monitor.civicus.org>.

Material der Seiten 22–45:

Brot für die Welt, www.brot-fuer-die-welt.de

Alle Rechte vorbehalten

Art.-Nr. 119 313 430



Unsere Bildungsmaterialien zu Zivilgesellschaft
und Shrinking Space finden Sie unter
www.brot-fuer-die-welt.de/bildungsmaterial



Vorwort

E

s sind bedrohliche Zeiten für die Zivilgesellschaft weltweit. Partner aus Georgien beispielsweise schildern, wie sie als „Agenten ausländischer Mächte“ gegängelt und schikaniert werden, weil sie aus Deutschland Mittel für ihre wichtige Arbeit erhalten. Sie müssen sich bei den Behörden registrieren lassen und dem Justiz- und Finanzministerium mitteilen, wer bei und mit ihnen arbeitet. Das diene der Transparenz, argumentiert die georgische Regierung. Doch letztendlich kann sie mittels solcher Gesetze diejenigen Organisationen massiv einschränken, die sie kritisieren – etwa, indem sie ihnen eine Registrierung verweigert.

Die Situation in Georgien ist nur ein Beispiel aus dem aktuellen Atlas der Zivilgesellschaft, das zeigt, wie der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum weltweit immer enger wird. Partnerorganisationen von Brot für die Welt in vielen Ländern Asiens, Afrikas, des Nahen Ostens, Nord-, Mittel- und Südamerikas sowie auch Europas berichten von ähnlichen Erfahrungen. Daten und Zahlen, die das weltweite Netzwerk für Bürgerbeteiligung CIVICUS zusammengetragen hat, belegen den beunruhigenden Trend: Über 72 Prozent der Weltbevölkerung – das sind über 5,8 Milliarden Menschen – leben heute in Ländern, in denen Machthabende die Zivilgesellschaft stark oder sogar komplett unterdrücken. Ohne Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit fehlt das Lebenselixier zivilgesellschaftlichen Engagements.

Hinter diesen Einschränkungen zivilgesellschaftlichen Handelns beobachten wir in vielen Ländern ein besorgniserregendes Muster: Rechtsstaatliche Mechanismen werden zunehmend ausgehöhlt und unterwandert. Wenn geltendes Recht missachtet oder missbraucht wird, wenn neues Recht geschaffen wird, um Andersdenkende auszuschalten, wenn



die Institutionen, die Rechte verteidigen sollen, angegriffen werden, dann gilt irgendwann nur noch das Recht des Stärkeren. In unserem diesjährigen Schwerpunkt zeigen wir, wie brüsk oder schleichend dies inzwischen in vielen Ländern und auf globaler

Ebene geschieht, und zu welchen Instrumenten autoritär Regierende dabei greifen.

Und doch gibt es auch Hoffnung. Unsere Partnerorganisationen weltweit setzen diesem verheerenden Trend etwas entgegen – häufig unter Gefährdung ihres Lebens: Sie stärken rechtsstaatliche Strukturen und Menschenrechte, dokumentieren und veröffentlichen Missstände, ziehen vor Gericht und entwickeln Lösungen. Eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, nimmt die Rolle einer Wächterin ein und wird so zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung.

Dass Freiheitsrechte auch zurückerobert werden, belegt CIVICUS: Neun Staaten wurden um eine Kategorie höhergestuft, dort erleben die Menschen heute mehr Freiheiten. Gegenüber dem Vorjahr können jetzt 114 Millionen mehr Menschen in einem Land mit einem offenen zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum leben. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Welle der Autokratisierung in manchen, wenngleich nur wenigen Ländern verlangsamt.

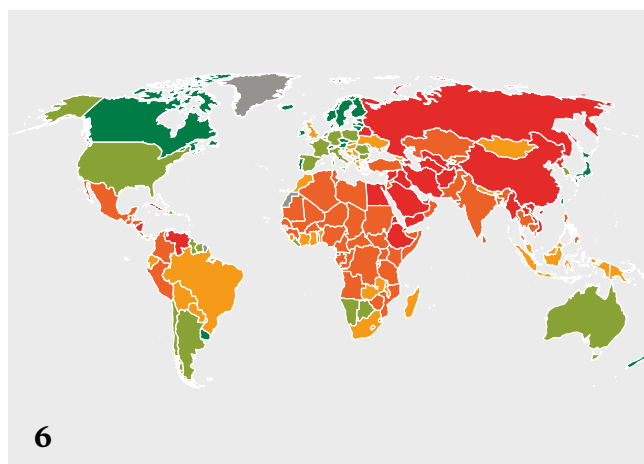
Wir erleben Zeiten großer geopolitischer Umwälzungen. Demokratie, Rechtsstaat und eine starke Zivilgesellschaft sind nicht selbstverständlich. Auch nicht in Deutschland. Wir alle müssen Verantwortung übernehmen und immer wieder für unsere Werte, Freiheits- und Menschenrechte einstehen. Hier bei uns, aber auch weltweit. Setzen wir uns gemeinsam ein für eine funktionierende und lebendige Zivilgesellschaft!

Ihre **Dr. Dagmar Pruin**

Präsidentin von Brot für die Welt

Inhalt

- 2 Impressum
- 3 Vorwort
- 5 Zusammenfassung
- 6 Weltkarte
- 8 Kategorien



1

Globale Lage: Der Druck auf die Zivilgesellschaft nimmt zu

11 CIVICUS-Report

Auch 2024 haben Regierungen weltweit versucht, gegen Proteste vorzugehen und Gesetze zu erlassen, die die Freiheit einschränken. Neun Länder wurden von CIVICUS herabgestuft, neun konnten sich verbessern.

16 Die Karten der fünf Weltregionen

2

Schwerpunkt: Wie Regierungen Recht und Gesetz gegen Zivilgesellschaft einsetzen

- 23 **Rechtsbruch per Gesetz** – Viele Staaten setzen sich über Freiheitsrechte hinweg – oder verabschieden neue repressive Gesetze.
- 26 **Das Ende der Gewaltenteilung** – Wo Justiz abhängig ist, drohen Straflosigkeit und Korruption.
- 29 **Die Zivilgesellschaft zieht vor Gericht** – Strategische Prozessführung ist für viele Partner von Brot für die Welt ein wichtiges Instrument.
- 30 **Wenn das Recht eine Waffe wird** – Transparenzgesetze sind wichtig – werden aber auch genutzt, um NGOs zu bekämpfen.
- 32 **Streitgespräch** – Wie frei ist die Zivilgesellschaft in Deutschland?
- 36 **Vieles bleibt im Dunkeln** – Je autoritärer ein Regime, desto unfreier die Presse.
- 39 **Menschenrechte – ein koloniales Konzept?** – Was ist dran an dem Vorwurf, der aus dem Globalen Süden kommt?
- 42 **Die Männer mit den Kettensägen** – Ultra-libertäre wie Milei oder Musk bauen den Staat ab.

Unsere Forderungen

- 44 **Die Politik muss handeln!** – So sollte Politik die Zivilgesellschaft unterstützen und Freiheitsrechte sicherstellen.



46 Quellen- und Literaturverzeichnis

Zusammenfassung

1

Zahlen und Fakten

Nur 284 Millionen Menschen – rund 3,5 Prozent der Weltbevölkerung – leben in Staaten, in denen Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert sind. Das sind jene 40 Länder, die im CIVICUS-Monitor als „offen“ klassifiziert und in der Karte tiefgrün dargestellt werden.

Hingegen lebten 2024 fast 7 Milliarden Menschen – rund 85 Prozent – in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist. In diesen Staaten beschneiden

Regierungen Freiheitsrechte und drangsalieren, verhaften oder töten Kritiker*innen. Das trifft auf 115 von 197 Ländern zu. Neun Länder wurden gegenüber dem Vorjahr herabgestuft: Georgien, Burkino Faso, Kenia, Peru, Äthiopien, Eswatini, die Niederlande, die Mongolei und die Palästinensischen Gebiete. Neun Länder haben sich jedoch 2024 verbessert: Jamaika, Japan, Slowenien, Trinidad und Tobago, Botswana, Fidschi, Liberia, Polen und Bangladesch.

2

Schwerpunkt

Weltweit wächst der Einfluss rechtsextremer, rechtslibertärer und populistischer Akteur*innen. Dadurch geraten Institutionen des Rechtsstaats unter Druck. Sie werden als Feinde eines vermeintlichen Volkswillens attackiert. Ihnen wird die Legitimation abgesprochen, die Exekutive zu kontrollieren oder Minderheitenrechte zu schützen. Gleichzeitig wird das Recht immer öfter zur Repression benutzt: Bestehende Gesetze

werden missbräuchlich eingesetzt, oder es wird neues Recht geschaffen, um zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu bekämpfen oder Journalist*innen bei ihrer Arbeit zu behindern.

Doch die Zivilgesellschaft wehrt sich: Organisationen und Aktivist*innen setzen weltweit immer öfter auf Gerichtsklagen und Strategische Prozessführung, um sozialen und ökologischen Fortschritt voranzutreiben.

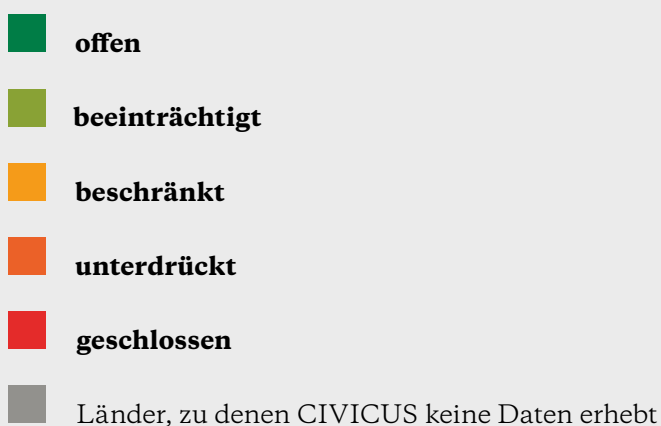
3

Unsere politischen Forderungen

Bundesregierung und Bundestag müssen sich kompromisslos für eine unabhängige Zivilgesellschaft und die universellen Menschenrechte einsetzen – im In- und Ausland! Sie sollten Gesetze verhindern, die die Arbeit von NGOs blockieren. Um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, müssen Politiker*innen sich weltweit für unabhängige Gerichte sowie freie Medien einsetzen. Die Bundesregierung muss sich dafür

stark machen, dass Verbrechen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen strafrechtlich verfolgt werden. Deutsche Botschaften sollten sich stärker für Menschenrechtsverteidiger*innen engagieren. Die menschenrechtliche Verantwortung beginnt bei der eigenen Politik. Bund und Länder müssen ein förderliches Umfeld für eine aktive und unabhängige Zivilgesellschaft schaffen sowie Freiheitsrechte schützen.

CIVICUS-Einstufungen

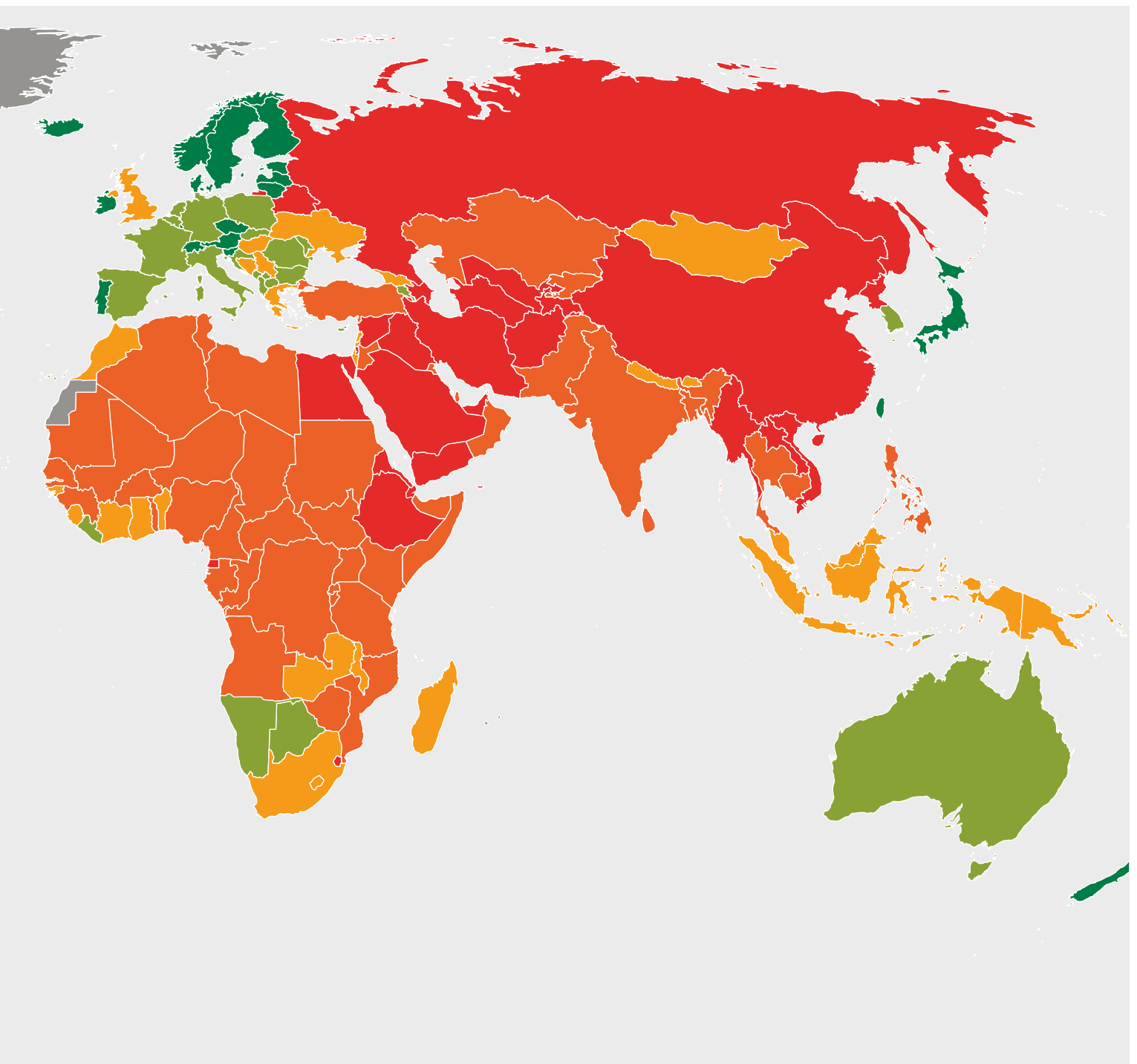


Siehe auch www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

Die Welt sieht rot: Zivilgesellschaft stark unter Druck

Afrika südlich der Sahara: **Angola** | **Äquatorialguinea** | **Äthiopien** | **Benin** | **Botswana** | **Burkina Faso** | **Burundi** | **Dschibuti** | **Elfenbeinküste** | **Eritrea** | **Eswatini** | **Gabun** | **Gambia** | **Ghana** | **Guinea** | **Guinea-Bissau** | **Kamerun** | **Kap Verde** | **Kenia** | **Komoren** | **Republik Kongo** | **Demokratische Republik Kongo** | **Lesotho** | **Liberia** | **Madagaskar** | **Malawi** | **Mali** | **Mauretanien** | **Mauritius** | **Mosambik** | **Namibia** | **Niger** | **Nigeria** | **Ruanda** | **Sambia** | **São Tomé und Príncipe** | **Senegal** | **Seychellen** | **Sierra Leone** | **Simbabwe** | **Somalia** | **Somaliland** | **Südafrika** | **Sudan** | **Südsudan** | **Tansania** | **Togo** | **Tschad** | **Uganda** | **Zentralafrikanische Republik**

Amerika: **Antigua und Barbuda** | **Argentinien** | **Bahamas** | **Barbados** | **Belize** | **Bolivien** | **Brasilien** | **Chile** | **Costa Rica** | **Dominica** | **Dominikanische Republik** | **Ecuador** | **El Salvador** | **Grenada** | **Guatemala** | **Guyana** | **Haiti** | **Honduras** | **Jamaika** | **Kanada** | **Kolumbien** | **Kuba** | **Mexiko** | **Nicaragua** | **Panama** | **Paraguay** | **Peru** | **St. Kitts und Nevis** | **St. Lucia** | **St. Vincent und die Grenadinen** | **Surinam** | **Trinidad und Tobago** | **Uruguay** | **Venezuela** | **Vereinigte Staaten von Amerika**



Asien/Pazifik: Afghanistan | Australien | Bangladesch | Bhutan | Brunei | China | Fidschi | Indien | Indonesien | Japan | Kambodscha | Kiribati | Laos | Malaysia | Malediven | Marshallinseln | Mikronesien | Mongolei | Myanmar | Nauru | Nepal | Neuseeland | Nordkorea | Osttimor | Pakistan | Palau | Papua-Neuguinea | Philippinen | Salomonen | Samoa | Singapur | Sri Lanka | Südkorea | Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung) | Thailand | Tonga | Tuvalu | Vanuatu | Vietnam

Europa/Zentralasien: Albanien | Andorra | Armenien | Aserbaidshan | Belarus | Belgien | Bosnien und Herzegowina | Bulgarien | Dänemark | Deutschland | Estland | Finnland | Frankreich | Georgien | Griechenland | Großbritannien | Irland | Island | Italien | Kasachstan | Kirgisistan | Kosovo | Kroatien | Lettland | Liechtenstein | Litauen | Luxemburg | Malta | Republik Moldau | Monaco | Montenegro | Niederlande | Nordmazedonien | Norwegen | Österreich | Polen | Portugal | Rumänien | Russland | San Marino | Schweden | Schweiz | Serbien | Slowakei | Slowenien | Spanien | Tadschikistan | Tschechien | Türkei | Turkmenistan | Ukraine | Ungarn | Usbekistan | Zypern

Naher Osten/Nordafrika: Ägypten | Algerien | Bahrain | Irak | Iran | Israel | Jemen | Jordanien | Katar | Kuwait | Libanon | Libyen | Marokko | Oman | Palästinensische Gebiete | Saudi-Arabien | Syrien | Tunesien | Vereinigte Arabische Emirate

Die fünf Kategorien des CIVICUS-Monitors

offen (open)*

40 Staaten

3,5% der Weltbevölkerung

Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürger*innen. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt, und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert, und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

Andorra, Bahamas, Barbados, Dänemark, Estland, Finnland, Grenada, Irland, Island, Jamaika, Japan, Kanada, Kap Verde, Kiribati, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshall-Inseln, Mikronesien, Monaco, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Palau, Portugal, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, Slowenien, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung), Trinidad und Tobago, Tschechien, Tuvalu, Uruguay

beeinträchtigt (narrowed)*

42 Staaten

11,1% der Weltbevölkerung

Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. Menschen können Vereinigungen mit einer ganzen Bandbreite von Zielen bilden. Es gibt aber Fälle, in denen als regierungskritisch geltende Vereinigungen juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert werden. Demonstrationen verlaufen weitgehend ungestört, werden von den Behörden aber teilweise unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten. Es kommt auch vor, dass unverhältnismäßige Gewalt wie Tränengas oder Gummigeschosse gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird. Die Medien haben die Freiheit, ein großes Spektrum an Informationen zu verbreiten. Eine völlig freie Entfaltung der Presse wird aber entweder durch Regulierung, Ausübung von politischem Druck oder physische Übergriffe auf Medienschaffende verhindert.

Albanien, Antigua und Barbuda, Argentinien, Armenien, Australien, Belgien, Belize, Botswana, Bulgarien, Chile, Costa Rica, Deutschland, Dominica, Dominikanische Republik, Fidschi, Frankreich, Guyana, Italien, Kosovo, Kroatien, Liberia, Malta, Mauritius, Republik Moldau, Montenegro, Namibia, Niederlande, Nordmazedonien, Osttimor, Panama, Polen, Rumänien, Salomonen, Seychellen, Slowakei, Spanien, Südkorea, Surinam, Tonga, Vereinigte Staaten von Amerika, Vanuatu, Zypern

Erhebungen des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Diesem Bericht liegen die Daten des Erhebungszeitraums **01.11.2023 bis 31.10.2024** zugrunde. Tagesaktuelle Daten unter monitor.civicus.org. Abweichend von CIVICUS berücksichtigt Brot für die Welt 197 Länder und Territorien.

beschränkt (obstructed)*

35 Staaten

12,9% der Weltbevölkerung

Die Regierenden beschneiden eine freie Grundrechtsentfaltung durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, doch staatliche Stellen versuchen, sie zu zersetzen, unter anderem, indem sie diese überwachen, bürokratisch schikanieren und öffentlich demütigen. Bürger*innen können sich friedlich versammeln, werden aber häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben, etwa mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken. Es gibt Raum für nichtstaatliche Medien und redaktionelle Unabhängigkeit, aber Journalist*innen erfahren körperliche Übergriffe und Verleumdungsklagen. Viele sehen sich daher zur Selbstzensur genötigt.

Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Ecuador, Elfenbeinküste, El Salvador, Gambia, Georgien, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Guinea-Bissau, Indonesien, Israel, Komoren, Lesotho, Libanon, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Malediven, Marokko, Mongolei, Nauru, Nepal, Papua Neu-Guinea, Paraguay, Sambia, Serbien, Sierra Leone, Südafrika, Ukraine, Ungarn

unterdrückt (repressed)*

51 Staaten

42,6% der Weltbevölkerung

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Aktivist*innen, die Machthabende kritisieren, werden überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet. Obwohl es einige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, wird deren Advocacy-Arbeit regelmäßig verhindert. Die Organisationen verlieren ihre Registrierung oder werden geschlossen. Menschen, die friedliche Demonstrationen organisieren oder daran teilnehmen, werden häufig von staatlichen Kräften mit scharfer Munition beschossen oder in Gewahrsam genommen, es gibt Massenverhaftungen. Die Medien geben typischerweise die Sicht der Regierung wieder. Unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt. Kritische Webseiten und Soziale Medien sind blockiert, und die Internetnutzung wird stark überwacht.

Algerien, Angola, Bangladesch, Brunei, Burkina Faso, Burundi, DR Kongo, Gabun, Guatemala, Guinea, Haiti, Honduras, Indien, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Katar, Kenia, Kirgisistan, Kolumbien, Republik Kongo, Kuwait, Libyen, Mali, Mauretanien, Mexiko, Mosambik, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Peru, Philippinen, Ruanda, Senegal, Simbabwe, Singapur, Somalia, Somaliland, Sri Lanka, Sudan, Südsudan, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Uganda, Zentralafrikanische Republik

geschlossen (closed)*

29 Staaten

29,9% der Weltbevölkerung

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Angst. Staatliche und mächtige nichtstaatliche Akteur*innen kommen ungestraft davon, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Rechte auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit inhaftieren, misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Pressefreiheit. Das Internet wird stark zensiert, und die meisten Webseiten sind blockiert.

Afghanistan, Ägypten, Äquatorialguinea, Aserbaidshan, Äthiopien, Bahrain, Belarus, China, Dschibuti, Eritrea, Eswatini, Irak, Iran, Jemen, Kuba, Laos, Myanmar, Nicaragua, Nordkorea, Palästinensische Gebiete, Russland, Saudi-Arabien, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Venezuela, Vietnam

Globale Lage: Freiheitsrechte und Zivilgesellschaft im Visier



Sich gegen soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Umweltzerstörung zu engagieren, bleibt in vielen Weltregionen schwierig. In neun Ländern hat sich die Lage der Zivilgesellschaft 2024 zwar verbessert – aber in ebenso vielen Staaten verschlechtert. In 29 Ländern haben Aktivist*innen und NGOs keinen freien Handlungsraum, zeigt der CIVICUS-Monitor.

Schwerverletzte Journalist*innen, erzwungene Unterschriften, verschwundene Demonstrant*innen: Das ist die Bilanz der Repressionswelle in Georgien um die Präsidentschaftswahl Ende 2024. Die Georgian Young Lawyers' Association, Partner von Brot für die Welt, und das Anti-Folter-Komitee UATC haben die staatliche Gewalt dokumentiert. Von „schockierenden Menschenrechtsverletzungen“ durch die Polizei und rund 300 von Sicherheitskräften schwer Misshandelten spricht Amnesty International.

Zehntausende Menschen waren in der Hauptstadt Tiflis seit März 2023 immer wieder auf die Straße gegangen. Sie protestierten zunächst vor allem gegen das im Mai 2024 verabschiedete „Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme“ (siehe Seite 24). Die Regelung nach russischem Vorbild sieht unter anderem vor, dass NGOs und Medien, die „Interessen einer ausländischen Macht verfolgen“, in einem Register geführt werden, wenn mehr als 20 Prozent ihrer Mittel aus dem Ausland stammen. Das von der anti-europäischen „Volksmacht“-Bewegung initiierte Gesetz soll vermeintliche Angriffe auf die georgische Souveränität durch westliche Geldgeber der Zivilgesellschaft stoppen. Auf Grundlage der Regelung können NGOs und Medien schikaniert und behindert werden.

Die Auseinandersetzung um das Gesetz ist Teil eines fundamentalen Richtungsstreits im Land: Prorussische, antiliberale Kräfte um die Regierungspartei Georgischer Traum versuchen, die Annäherung des Landes an die EU zu stoppen. Gegen Proteste der pro-europäischen, liberalen Zivilgesellschaft gehen sie mit zunehmender Härte vor.

Georgien ist eines von neun Ländern, in denen sich die Lage für die Zivilgesellschaft im Jahr 2024 verschlechtert hat. Das zeigt der jüngste Report der globalen zivilgesellschaftlichen

72,5 %

aller Menschen leben in Staaten, in denen der Handlungsraum der Zivilgesellschaft unterdrückt oder geschlossen ist.

Nur 284 Millionen Menschen leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft.



3,5 % offen (284 Millionen)

Veränderung von
2018 zu 2024 ↓

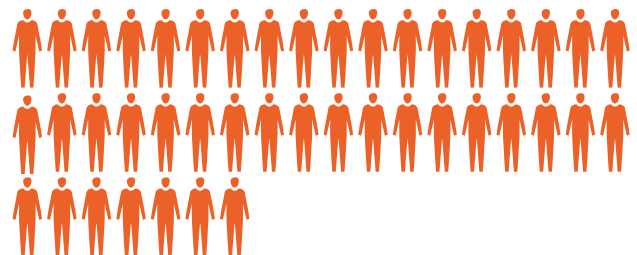
-0,5 % ▼



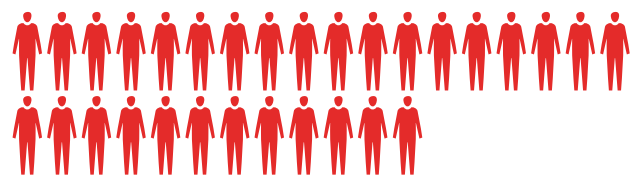
11,1 % beeinträchtigt (905 Millionen) **-2,5 % ▼**



12,9 % beschränkt (1.050 Millionen) **-22,4 % ▼**



42,6 % unterdrückt (3.478 Millionen) **+25,7 % ▲**



29,9 % geschlossen (2.436 Millionen) **+0,4 % ▲**

Werte von Brot für die Welt gerundet. Quelle: People Power Under Attack 2024, CIVICUS-Monitor, Dezember 2024

So entsteht das Rating im CIVICUS-Monitor

Für den CIVICUS-Monitor werden zahlreiche unabhängige Datenquellen kombiniert. Um aktuelle Trends zu erfassen, bezieht das weltweite zivilgesellschaftliche Netzwerk CIVICUS Beobachtungen und Daten von mehr als 20 regionalen Partnern aus der ganzen Welt mit ein. Dazu zählen Bewertungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise Reporter ohne Grenzen oder Berichte von nationalen, regionalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Relevant sind hierbei die Informationen, wie in den jeweiligen Ländern die Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Gesetz, Politik und Praxis geachtet wird – Rechte, die der Staat schützen muss. Daten staatlicher Stellen fließen nicht ein.

Diese externen Analysen führt CIVICUS dann mit der eigenen Analyse zusammen; beides fließt in die Länderbewertungen ein. Die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume der Staaten werden in fünf Kategorien eingeteilt: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt oder geschlossen.

Die größten Geldgeber des weltweiten zivilgesellschaftlichen Netzwerkes CIVICUS sind das niederländische Außenministerium, die Ford-Foundation, das dänische Außenministerium, die Open Society Foundations und der Lifeline Embattled CSO Assistance Fund.

Mehr unter civicus.org

Allianz CIVICUS, die seit Jahren die Entwicklung politischer Freiheiten weltweit dokumentiert. Für den CIVICUS-Monitor – der die Datengrundlage dieses Atlas' ist – steuert ein Forschungskonsortium umfangreiche Informationen bei (siehe Kasten links), die in ein Ranking einfließen. So zeigt sich, in welchen Ländern sich Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Bewegungen erweitern und wo sie sich verengen – wie zuletzt in Georgien. Die Staaten werden danach eingeteilt, ob die Handlungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft „offen“, „beeinträchtigt“, „beschränkt“, „unterdrückt“ oder „geschlossen“ sind. Als Zivilgesellschaft werden dabei Akteure jenseits von Staat, Unternehmen und Privatsphäre verstanden. Zu ihr zählen NGOs, Graswurzelbewegungen, aber auch etwa Gewerkschaften und die Kirchen (siehe Kasten Seite 15).

Nur 40 Länder sind „offen“

Der CIVICUS-Monitor zeigt, dass nur ein kleiner Teil der Menschen in Staaten mit uneingeschränkten Freiheitsrechten leben: 2024 werden 40 von 197 Staaten als „offen“ eingestuft, darunter Uruguay, Island oder Kanada. In diesen Ländern leben insgesamt etwa 284 Millionen Menschen und damit nur etwa 3,5 Prozent der Weltbevölkerung. Zum Vergleich: 2018 waren es 4,0 Prozent – und 45 Staaten.

In den beiden schlechtesten Kategorien „unterdrückt“ (51 Staaten, rund 3,5 Milliarden Menschen) und „geschlossen“ (29 Staaten, rund 2,4 Milliarden Menschen) leben hingegen mehr als sieben von zehn Menschen auf der Welt. Die Zahl der Staaten mit geschlossener Zivilgesellschaft stieg in den sechs Jahren seit 2018 von 23 auf 29, die jener mit unterdrückter Zivilgesellschaft gar von 35 auf 51 Staaten.

Auf- und Absteiger

18 Länder haben im Erhebungszeitraum vom 01.11.2023 bis 31.10.2024 die Kategorie gewechselt.

■ offen ■ beschränkt ■ geschlossen
■ beeinträchtigt ■ unterdrückt

Kritisches Bild – auch für Europa

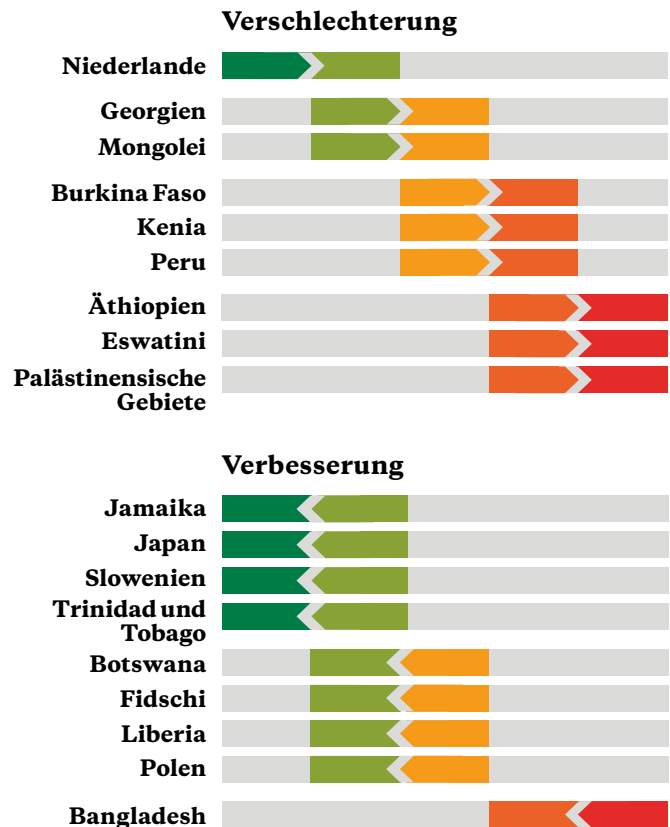
Für die EU ergibt der CIVICUS-Monitor ein kritisches Bild: Nur zwölf der 27 EU-Staaten gewähren heute nahezu unbeschränkte Freiheiten („offen“). In 13 EU-Staaten, darunter Deutschland, ist der Handlungsraum der Zivilgesellschaft hingegen beeinträchtigt. Am stärksten ist die Repression laut CIVICUS innerhalb der EU in Griechenland unter der rechtskonservativen Partei Nea Dimokratia, die Gegner*innen unter anderem mit illegaler Spyware ausspioniert, und in Ungarn, das Viktor Orbán nach seinen eigenen Worten „illiberal“ regiert. Die beiden Staaten fallen in die Kategorie 3 („beschränkt“).

Die Niederlande fielen 2024 um eine Kategorie zurück: von „offen“ auf „beeinträchtigt“. Friedliche Klima-Demonstrationen seien mit „unverhältnismäßigen Maßnahmen“, etwa mit Wasserwerfern, aufgelöst und mal Hunderte, mal Tausende Demonstrant*innen festgenommen worden, kritisiert CIVICUS. Massenüberwachung und Gesichtserkennung habe die Privatsphäre von Aktivist*innen verletzt und zu „Fehlidentifizierung“ geführt. Damit habe sich die „Angst vor einer unkontrollierten Ausweitung staatlicher Befugnisse“ verstärkt. Auch bei Solidaritätsveranstaltungen für Palästina wie etwa Camps an Universitäten seien Demonstrierende mit Schlagstöcken, Tränengas, Polizeihunden und Bulldozern attackiert worden.

Herabgestuft wurden vom CIVICUS Monitor 2024 neben Georgien und den Niederlanden auch Äthiopien, Burkina Faso, Eswatini, Kenia, Peru, die Mongolei sowie die Palästinensischen Gebiete.

In Kenia beispielsweise sei die Regierung „anhaltend brutal“ gegen Menschen vorgegangen, die gegen Korruption, Steuer- und Preiserhöhungen protestierten, kritisiert CIVICUS (siehe Interview Seite 25). Mindestens 60 unbewaffnete Demonstrant*innen starben, über 130 Menschen werden seit ihrer Teilnahme an den Protesten vermisst. Mindestens zwölf Menschen, die zuvor an den #RejectFinanceBill2024-Protesten teilgenommen hatten, sind nach Recherchen der Police Reforms Working Group im Juni 2024 von Sicherheitskräften entführt worden. Einige davon sind inzwischen wieder frei.

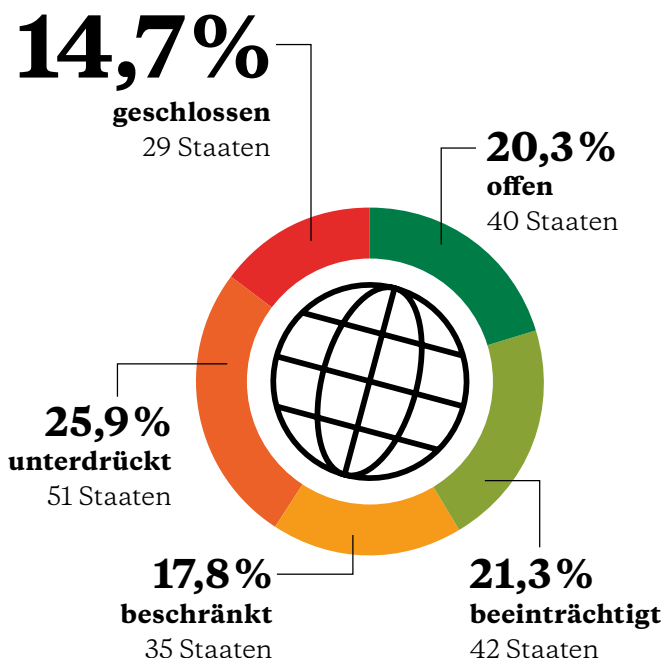
In Äthiopien suspendierte die Behörde für Organisationen der Zivilgesellschaft (ACSO) im November 2024 vorübergehend drei wichtige Menschenrechtsorganisationen wegen angeblichen „Mangels an politischer Neutralität“ und des „Einsatzes gegen die nationalen Interessen“. Solche Vorwürfe setzen die äthiopischen Behörden seit Langem zur Unterdrückung der



Quelle: People Power Under Attack 2024, CIVICUS-Monitor, Dezember 2024

Ein Blick auf die Länder

In 115 Ländern leidet die Zivilgesellschaft unter Beschränkungen der Freiheitsrechte.



Anders als CIVICUS berechnet Brot für die Welt nur 197 Länder und Territorien (ohne Hongkong).

Quelle: *People Power Under Attack 2024*, CIVICUS-Monitor, Dezember 2024

Zivilgesellschaft ein- ohne sie näher zu begründen. Betroffen war unter anderem Lawyers for Human Rights, ein Partner von Brot für die Welt.

Dass Angriffe gegen Klima- und Landverteidiger*innen weltweit zunehmen, belegte schon der Atlas der Zivilgesellschaft 2024. „Die sich verschärfende Klimakrise und die unerbittliche Nachfrage nach natürlichen Ressourcen verstärken den Druck auf die Umwelt und gefährden diejenigen, die ihr Leben riskieren, um sie zu schützen“, sagt Ana María Palacios Briceño, sie recherchiert für CIVICUS.

Mehr als 300 getötete Aktivist*innen

In Amerika – vor allem in Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Paraguay und dem herabgestuften Peru – stecken oft Unternehmensinteressen hinter der Gewalt und den Morden. In Honduras („unterdrückt“) etwa wurde im September 2024 der Anwalt Juan López umgebracht. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hatte vom honduranischen Staat schon im Oktober 2023 verlangt, den Menschenrechtler zu schützen. López hatte mit anderen Umweltorganisationen gegen mehrere Großprojekte protestiert und gekämpft, darunter den Eisenerzabbau in einem Naturschutzgebiet.

In Peru („unterdrückt“) hätten „jahrelange eskalierende Gewalt, Schikanen, körperliche Angriffe und Verunglimpfungen durch staatliche Akteure und rechtsextreme Gruppen“ ein „feindseliges Klima“ insbesondere in Regionen geschaffen, die unter Abholzung, illegalem Bergbau und Drogenhandel leiden, so CIVICUS. Im März 2025 hat das Parlament eine Gesetzesreform verabschiedet, die der staatlichen Agentur zur Internationalen Zusammenarbeit ACPI weitgehende Handhabe gibt, NGOs zu sanktionieren, zu überwachen oder sogar zu schließen.

Die NGO Global Witness, die die Verfolgung von Umwelt- und Landrechtsaktivist*innen beobachtet, zählte für das Jahr 2023 196 Morde. Über die Hälfte entfielen allein auf Kolumbien und Mexiko (beide „unterdrückt“).

CIVICUS unterscheidet verschiedene Strategien der Repression gegen die Zivilgesellschaft – von der Auflösung friedlicher Proteste über die Inhaftierung friedlicher Demonstrant*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen oder Journalist*innen sowie Zensur bis hin zur Anwendung „unverhältnismäßiger Gewalt“ und Mord. Die NGO Frontline Defenders zählte zuletzt über 300 getötete Menschenrechtsverteidiger*innen pro Jahr.

Immer mehr Autokratien führen „Ausländische Agenten“-Gesetze ein

Ein Beispiel für Verhaftungen bei Demonstrationen: In Nigeria wurden bei den #EndBadGovernance-Jugendprotesten im August 2024 mindestens 1.700 Menschen verhaftet.

Eine der global am meisten verbreiteten Formen der Repression ist heute die Kriminalisierung und juristische Verfolgung. Hinzu kommen „Ausländische Agenten“-Gesetze wie das eingangs beschriebene in Georgien. Solche Gesetze haben Dutzende Regierungen in den vergangenen Jahren weltweit eingeführt. Sie sind eine Facette eines weitreichenden juristischen Instrumentariums: Grundrechte werden abgeschafft oder ignoriert, bestehende Gesetze missbraucht oder neue Gesetze zur Repression eingeführt sowie Institutionen wie etwa Menschenrechts-Gerichte untergraben.

Ein eindrückliches Beispiel dafür liefert Kambodscha: Die Regierung in Phnom Penh nutzt Gesetze, die eigentlich „Aufwiegelei“ bekämpfen wollen, um Menschenrechtsverteidiger*innen zu kriminalisieren. Im Juli 2024 wurden beispielsweise zehn Umweltschützer*innen der Umweltbewegung Mother Nature wegen „Beleidigung des Königs“ und „Verschwörung“ zu Haftstrafen verurteilt.

Der Grad der globalen Demokratieentwicklung sei auf den Stand von 1985 gefallen, schreibt das in Göteborg ansässige Forschungsinstitut V-Dem in seinem jüngsten Jahresbericht. In 42 Ländern, in denen rund ein Drittel der Weltbevölkerung lebt, sei aktuell eine „Autokratisierung im Gange“, so V-Dem

Was ist Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft grenzt sich vom staatlichen und wirtschaftlichen Sektor sowie von der Privatsphäre ab. Im zivilgesellschaftlichen Raum kommen Menschen zusammen, um Lösungen zu gesellschaftlichen Fragen zu diskutieren und zu finden.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind etwa Vereine, NGOs, Verbände, Kirchen und soziale Bewegungen. Ihr Engagement beruht auf Selbstorganisation, ist gemeinnützig, nicht profitorientiert und unabhängig von parteipolitischen Interessen.

Zivilgesellschaftliche Akteure haben viele Rollen: Sie leisten Hilfe für sozial Bedürftige und Schwache, übernehmen aber auch wichtige demokratische Funktionen. Vereine und Initiativen können in der Öffentlichkeit Themen setzen oder auf Probleme aufmerksam machen, die staatliche Stellen vernachlässigen. Sie können Druck aufbauen, damit sich etwas ändert. Sie sind auf Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit angewiesen.

Eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, nimmt die Rolle einer Wächterin ein: Sie fordert Rechte Benachteiligter ein, kritisiert die öffentliche Politik, setzt sich für politische Mitgestaltung ein und zieht die Regierung zur Rechenschaft. Das alles macht sie zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung.

Doch weltweit sind in den zurückliegenden Jahren als Teile der Zivilgesellschaft auch Bewegungen entstanden, die rechtsextremistisch agieren, gewaltbereit sind oder einer Verschwörungsideologie folgen. Diese Ressentiment- oder Empörungsbewegungen vertreten menschenfeindliche Haltungen, wenden sich gegen Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder liberale Errungenschaften wie LGBTQIA+-, Frauen- und Abtreibungsrechte. Dabei braucht eine funktionierende liberale Demokratie das Gegenteil: Eine vitale Zivilgesellschaft, die sich selbst reflektiert und sich gegen Intoleranz, Gewalt, Diskriminierung und Rassismus und für Menschenrechte, Gleichheit und Teilhabe einsetzt.

Europa/Zentralasien



(siehe Grafik Seite 24). Hierzu zähle etwa das von der hindunationalistischen Partei BJP von Narendra Modi regierte Indien. Allerdings gebe es „Anzeichen dafür, dass sich die Autokratisierungswelle verlangsamt“, so V-Dem. In 18 Ländern mit rund 400 Millionen Einwohner*innen sieht das Institut aktuell Anzeichen für eine Demokratisierung, darunter Brasilien nach der Abwahl von Jair Bolsonaro und dem Amtsantritt von Lula da Silva Anfang 2023. Der CIVICUS-Monitor attestiert einzelnen Ländern eine positive Entwicklung und hat 2024 neun Länder um eine Kategorie heraufgestuft: Bangladesch, Botswana, Fiji, Japan, Jamaika, Liberia, Polen, Trinidad und Tobago sowie Slowenien. In Botswana seien vor allem bei der Presse- und der Versammlungsfreiheit 2024 „Verstöße deutlich zurück-

gegangen“, so CIVICUS. Jugendbewegungen hätten im Land „die Saat des Wandels gesät“, sagt die CIVICUS-Forscherin Sylvia Mbataru. Nun müsse die Regierung dafür sorgen, „dass diese Saat in institutionellen Reformen aufgeht.“ Auch in Jamaika werde die Freiheit zur friedlichen Versammlung im Allgemeinen respektiert. 2024 seien „keine nennenswerten Vorfälle gemeldet“ worden, so CIVICUS. In Polen bemüht sich die 2023 neu gewählte liberale Regierung unter Donald Tusk, die „demokratischen Institutionen